

# POLICY PAPER

ELSE  
FRENKEL-  
BRUNSWIK  
INSTITUT  
FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN  
AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

EFBI POLICY PAPER 2025-1

OLIVER DECKER UND  
ELMAR BRÄHLER

KONTAKT

PIA SIEMER  
T: +49 341 97-37892  
M: PIA.SIEMER@UNI-LEIPZIG.DE

## BUNDESTAGSWAHL 2025: DIE PARTEIEN UND DAS WÄHLER- HERZ

### ABSTRACT

An zentraler Stelle des repräsentativen Systems der bundesrepublikanischen Demokratie haben die Gründerväter und -mütter des Grundgesetzes politische Parteien vorgesehen. Sie sind im besten Falle Orte der Vermittlung unterschiedlicher Interessen, bevor diese in den parlamentarischen Arenen eingebracht, verhandelt und in konkrete Politik umgesetzt werden. Welche politischen Inhalte für die Anhängerschaft der Parteien attraktiv sind und welche politische Kultur die Wähler bevorzugen, prägt zunächst das Gesicht der Parteien und dann auch das politische Klima in Deutschland. In diesem Policy Paper beschreiben wir, mit welchen Themen Wähler vor der Bundestagswahl 2025 mobilisierbar sind und unter welchen Parteienanhängern derzeit

antidemokratische und autoritäre Erwartungen besonders ausgeprägt sind.

Die Auswertung ist aus dem Projekt „Leipziger Autoritarismus Studien“ des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts und Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig entstanden. Die repräsentative Erhebung wurde vom Meinungsforschungsinstitut USUMA Berlin durchgeführt. Der Befragungszeitraum war der 28. März bis 18. Juni 2024. Es handelte sich um eine repräsentative Face-to-face-Befragung in zufällig ausgewählten Haushalten per ADM-Stichprobenziehung. Die Projektleiter sind Prof. Dr. Oliver Decker und Prof. Dr. Elmar Brähler.

# AUF EINEN BLICK

Die Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2024 sind geeignet, Aussagen über die Wählerschaft der verschiedenen Parteien zu treffen. Ein wichtiger Befund ist die Wählerwanderung von Menschen mit rechtsextremem Einstellung und autoritären Aggressionen weg von der CDU/CSU und SPD hin zur AfD. Unter den Anhängern der Parteien fallen immer wieder die der AfD durch hohe Aggressionsbereitschaft und Ressentiments gegen viele Bevölkerungsgruppen auf. In diesem politischen Milieu herrscht eine destruktive Atmosphäre, in der die Ausgrenzung von Menschen auf der Grundlage einer behaupteten Gruppenzugehörigkeit legitimiert wird. Ein gleichberechtigter, demokratischer Aushandlungsprozess ist unter solchen Bedingungen schwer vorstellbar. Da diese Ressentiments politisch wirksam werden sollen, geht heute von dieser Einstellung selbst eine Bedrohung der liberalen Demokratie aus. Die Wahl der AfD ist Ausdruck einer politischen Willensbildung, die von autoritär-destruktiven Bedürfnissen getragen ist. Auffällig ist zudem, dass die Themen der AfD kaum noch an die politische Kultur anderer Parteien anschlussfähig sind.

Während CDU/CSU-, SPD-, FDP- und Grünen-Wähler in der Regel mit der Alltagsdemokratie zufrieden sind, finden sich die Unzufriedenen vor allem unter den AfD-Wählern, gefolgt von denen der Linkspartei, des BSW und den Nichtwählern. Diese Gemeinsamkeit darf aber nicht über die Unterschiede hinwegtäuschen: Während die politischen Milieus von Linkspartei und BSW nur geringe Überschneidungsbereiche mit den Themen der AfD haben, sind sie bei den Nichtwählern groß, weswegen sie eine zusätzliche Wählerreserve der AfD sein könnten, wenn es der Partei gelingen würde, sie zum Urnengang zu mobilisieren.

Ganz anders sieht es bei denjenigen aus, die gegenwärtig unsicher sind, welche Partei sie wählen wollen. Sie sind in ihrer politischen Orientierung liberal-demokratisch eingestellt, ihre Unzufriedenheit mit der Demokratie ist nicht im selben Maße mit Ressentiments verbunden wie bei AfD-Wählern. Möglicherweise fühlen sie sich der Parteienlandschaft entfremdet und sind auf der Suche nach einer politischen Heimat bei den anstehenden Bundestagswahlen.

Interessant ist, dass sich zwischen den Geschlechtern eine deutliche Präferenz bei der Wahlentscheidung abzeichnet: Frauen neigen deutlich zu Bündnis 90/Die Grünen und zum BSW, wissen nicht, wen

sie wählen sollen oder gehören zu den Nichtwählern. Männer dagegen sehen ihre politische Heimat in gleichem Verhältnis bei der FDP, der AfD und der Linkspartei. Nur bei CDU/CSU und SPD ist das Geschlechterverhältnis der Parteianhänger ausgeglichen. Dabei neigen Frauen nicht automatisch zu liberalen Positionen. Das wird beispielsweise bei der genaueren Analyse der Nichtwähler deutlich, unter denen sie überrepräsentiert sind und die zahlreiche Ressentiments bejahen. Entscheidend könnte an dieser Stelle der Bildungsgrad sein, denn Frauen mit Bildungsressourcen finden sich unter den Grünen-Wählern häufiger, sie erfahren sich als politisch handlungsfähiger und trauen der Demokratie mehr zu, als es der Stimmung unter den Nichtwählern entspricht. Politikferne und Demokratie-Enttäuschung prägen unter den Nichtwählern eher das Bild.

Autoritäre Aggressionen ziehen sich allerdings durch fast alle politischen Milieus. Sie äußern sich zum einen im Wunsch nach starren Konventionen und Sanktionen für Abweichler; zum anderen werden sie in der destruktiven Abwertung von Sinti und Roma, Muslimen, Juden und Frauen manifest. Der Antiziganismus findet sich unter den Wählern aller Parteien in erschreckendem Ausmaß, während die Muslimfeindschaft ein zentrales Identifikationsmotiv für viele Wähler, auch im demokratischen Spektrum, ist. Der Antisemitismus ist ebenfalls und insbesondere durch antiisraelische Äußerungsformen in verschiedenen politischen Milieus präsent.

Die gegenwärtige Herausforderung besteht einerseits darin, auf eine Partei wie die AfD zu reagieren, die die Ressentiments und Aggressionen in konkrete Politik umsetzen soll. Andererseits müssen die gesellschaftlichen Ursachen für deren Verbreitung auch in anderen politischen Milieus analysiert und behoben werden. Bildungsarbeit und Informationsvermittlung allein werden die Misere nicht lösen können, zu deutlich sind die Hinweise auf autoritäre Dynamiken auch in der demokratischen Gesellschaft.

# EINLEITUNG – DIE PARTEIEN UND DAS WÄHLERHERZ

Am 23. Februar 2025 finden die Wahlen zum 21. Deutschen Bundestag statt. Zwar lassen die aktuellen Wahlumfragen keine sichere Prognose zu, aber es ist möglich, dass darin bis zu acht Parteien vertreten sein werden. Neben CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD hat auch das BSW gute Chancen, die Fünfprozenthürde zu überwinden. Unwahrscheinlicher ist das für die FDP, Die Linke und die Freien Wähler, doch zumindest Linkspartei und Freie Wähler könnten über die Erststimmen ausreichend viele Mandate erreichen, um auch mit ihrem Zweitstimmenanteil in den Bundestag einzuziehen.

Bis Anfang der 2000er Jahre bestand zumindest in den westdeutschen Bundesländern eine starke Wählerbindung, die sich jedoch im Verlauf der ersten Dekade lockerte. Die bedeutsamste Wählerwanderung vollzog sich bis 2016, indem die Wähler mit einem neonazistischen und ethnozentrischen Weltbild zur AfD wechselten; zuvor waren sie hauptsächlich an SPD und CDU gebunden oder enthielten sich der Wahlteilnahme (Decker & Brähler 2016). Mit Gründung der AfD haben diese Wählergruppen ihre politische Heimat in der neuen Partei gefunden (Celik, Decker & Brähler 2020). Auf der anderen Seite des politischen Spektrums – als Abspaltung der Linkspartei – wurde im Januar 2024 mit dem BSW eine weitere Partei gegründet. Ihre Wählerschaft unterscheidet sich deutlich von der der AfD, mit Ausnahme des Ethnozentrismus, der unter den Anhängern sowohl von AfD als auch BSW verbreitet ist (Decker et al. 2024a). Schon Anfang 2024 zeigte sich, dass das BSW eher um die Wähler von SPD und Linkspartei konkurriert, als der AfD ihre Wähler abspenstig zu machen, denn BSW-Anhänger bilden ein eigenes politisch-soziales Milieu, das von dem der AfD klar differenziert ist.

Diese Entwicklung führt vor Augen, welchen Stellenwert alltagskulturelle und politisch-kulturelle Differenzen neben inhaltlichen Gründen für die Wahlentscheidung haben. Mit Blick auf die in Kürze anstehende Bundestagswahl 2025 haben wir deshalb die Anhängerschaft der verschiedenen politischen Parteien untersucht. Wir schließen damit an Untersuchungen aus den vergangenen Jahren an, in denen wir vergleichbare Analysen unter dem Titel „Die Parteien und das Wählerherz“ vorgelegt haben. In loser Folge haben wir verschiedene Einstellungs-

merkmale und Befindlichkeiten unter den Anhängern der Parteien untersucht. Auch wenn in diesem Jahr die Gefühlslage nur am Rande Thema wird, behalten wir diesen Titel bei. Grundlage sind die Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2024, einer repräsentativen Face-to-Face-Befragung von 2.504 zufällig ausgewählten Probanden (Decker et al. 2024c). Schwerpunkt der vorliegenden Auswertung ist die sogenannte Sonntagsfrage, die wir in zwei Stufen an die Teilnehmer gerichtet haben: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, würden Sie wählen gehen? Und wenn ja: Welche Partei würden Sie wählen?“ Aus teststatistischen Gründen können wir nur Parteien berücksichtigen, die von mehr als 50 Befragten genannt wurden. Das galt zum Beispiel nicht für die Wertunion, die Freien Wähler und die Kategorie „Andere Parteien“. Die Probanden, die sich für diese selten gewählten Optionen entschieden haben, konnten wir nicht in die Berechnung aufnehmen, sodass die Stichprobengröße für diese Auswertung bei  $N = 2.066$  liegt (zur ausführlichen Beschreibung der Untersuchungsmethode vgl. Decker et al. 2024b; Heller et al. 2024).

In diesem Policy Paper werten wir soziodemografische Merkmale wie Alter, Bildungsgrad und Haushaltseinkommen aus, aber auch psychosoziale Aspekte wie Befindlichkeit und autoritäres Bedürfnis. Ein Fokus liegt entsprechend unserer Forschungsfrage in den Leipziger Autoritarismus Studien auf der politischen Einstellung. Hierzu gehören die sechs Dimensionen des Leipziger Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und NS-Verharmlosung (Decker et al. 2013; Heller, Brähler & Decker 2020), aber auch die Befürwortung der Demokratie auf der Ebene ihrer Idee, ihrer Verfassungsnorm und -realität. Darüber hinaus betrachten wir Ressentiments gegenüber verschiedenen Menschen in der Gesellschaft, insbesondere aufgrund ihrer vermuteten oder tatsächlichen Gruppenzugehörigkeit. In die Untersuchung geht daher – neben Antisemitismus – auch Muslimfeindschaft, Antiziganismus und Antifeminismus ein. Zum Abschluss werden psychosoziale Merkmale und die autoritäre Psychodynamik beschrieben.

# ERGEBNISSE – DIE PARTEIEN UND DAS WÄHLERHERZ

Aus den Antworten der Probanden lassen sich Zusammenhänge zwischen Parteipräferenz einerseits und soziodemografischen Merkmalen, politischen Einstellungen und psychosozialen Merkmalen andererseits erkennen, die wir nun nacheinander beschreiben werden.

## SOZIODEMOGRAFIE

Wie wirkt sich die Höhe des Einkommens auf die Parteipräferenz aus? Über die Hälfte der Befragten (57%) verfügt über ein Haushaltseinkommen von mehr als € 2.500 im Monat; dagegen haben 8% von ihnen weniger als € 1.250 im Monat zur Verfügung. Wähler mit einem so niedrigen Einkommen präferieren nach wie vor überwiegend Parteien aus dem linken bis links-liberalen Spektrum (Abb. 1): So gehören fast 19% der Wähler der Linkspartei zu dieser Gruppe, gefolgt vom BSW mit 12,4%. In der Wählerschaft der Grünen deckt sich der Anteil an Einkommensschwachen mit dem der Gesamtbevölkerung (8%), doch schon in der SPD sind diese Wähler mit 6,2% unterrepräsentiert, wie auch in CDU/CSU (3,9%) und FDP (2,8%), die diese Schichten fast nicht erreichen. Anders die AfD, deren Anhängerschaft zu 10% aus Einkommensschwachen besteht, doch noch mehr von ihnen geben an, gar nicht zur Wahl zu gehen (12%).

Wie sieht es bei den Wählern mit höheren Einkommen aus? Immerhin rund 33% der Befragten verfügen über ein Haushaltseinkommen von mehr als € 3.500 im Monat (Abb. 2). Unter den Wählern

der Grünen machen sie mit 44% einen sehr großen Anteil aus; er ist sogar größer als bei CDU/CSU mit 37% und der FDP, die 36% ihrer Wähler aus den oberen Einkommensgruppen gewinnt und damit dem geläufigen Bild, die Partei der Besserverdiener zu sein, immerhin noch entspricht. Unter den Wählern der SPD hat noch jeder Dritte dieses Haushaltseinkommen (33%). Der Anteil an Wählern mit hohem Einkommen ist in der AfD schon geringer (28%) und sinkt weiter beim BSW (19%) und der Linkspartei (18%). Auffällig ist allerdings, wie groß der Anteil der hohen Einkommen bei den Parteiunentschiedenen ist, denn mit 43% erreicht er fast den Stand der Grünen-Wähler.

Beim Bildungsabschluss ergibt sich folgendes Bild: Mehr als die Hälfte der Grünen-Wähler (ca. 53%) haben einen formal hohen Bildungsabschluss (Abitur oder höher), nur die FDP erreicht diese Bevölkerungsgruppe ebenfalls gut (41,7%; Abb. 3). Demgegenüber sind hohe Bildungsabschlüsse unter CDU/CSU- (26%) und SPD-Anhängern (23%) etwa so verteilt, wie es dem Anteil in der gesamten Bevölkerung entspricht (25%). Auch das BSW zeigt mit 22% keine deutliche Abweichung von diesem Wert, während die Linkspartei mit 29% leicht darüber liegt. Die Partei, deren Wähler am seltensten über hohe Bildung verfügen, ist mit 17% die AfD.

Auch beim Geschlecht, einem weiteren soziodemografischen Merkmal, setzen sich die Grünen von den anderen Parteien ab (Abb. 4), denn zwei Drittel ihrer Wähler sind weiblich, nur ein Drittel männlich. Während die Wählerschaft von CDU/CSU und SPD

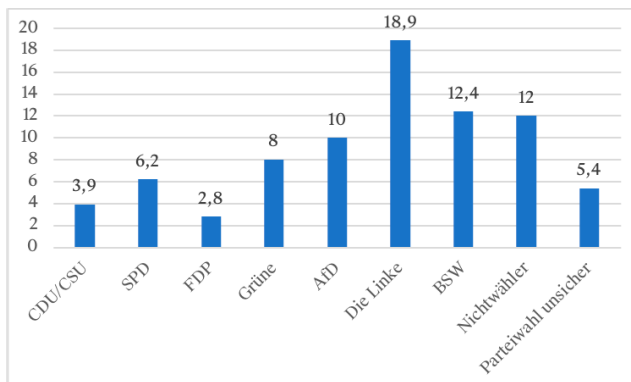


ABBILDUNG 1

ANTEIL DER WÄHLER JE PARTEI  
MIT EINEM HAUSHALTSEINKOMMEN UNTER  
€ 1.250 IM MONAT (IN %)

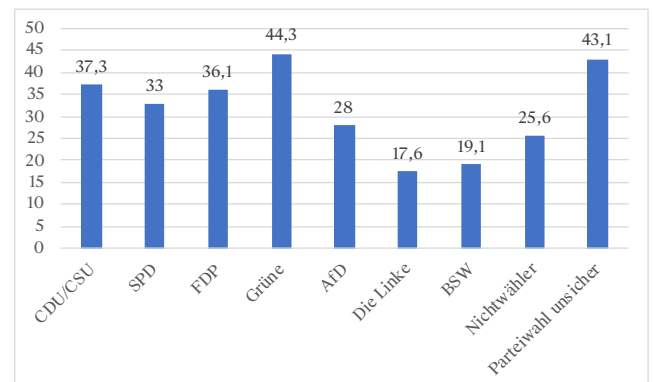


ABBILDUNG 2

ANTEIL DER WÄHLER JE PARTEI  
MIT EINEM HAUSHALTSEINKOMMEN ÜBER  
€ 3.500 IM MONAT (IN %)

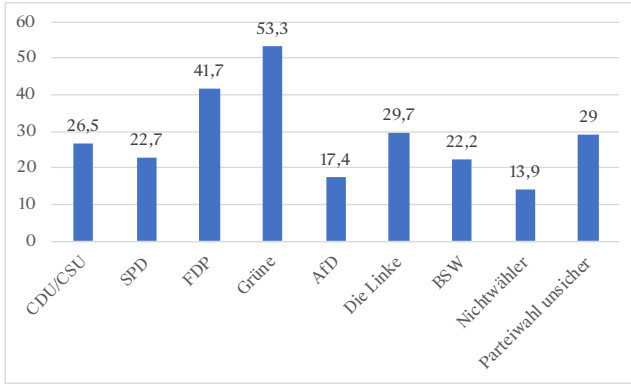


ABBILDUNG 3

ANTEIL VON WÄHLERN MIT HÖHEREM BILDUNGS-ABSCHLUSS JE PARTEI (MIND. ABITUR ODER HÖHER; IN %)

kaum Abweichungen von der Geschlechterverteilung in der Bevölkerung insgesamt aufweist, sind Männer unter den Wählern von FDP, AfD und Linkspartei deutlich überrepräsentiert. Frauen neigen, wenn sie nicht die Grünen wählen, deutlich stärker zum BSW und finden sich auch überdurchschnittlich häufig unter den Nichtwählern oder geben an, dass ihre Parteiwahl unsicher ist.

Auch die Arbeitslosigkeit ist nicht gleichverteilt (Abb. 5). 10% der AfD-Wähler sind gerade von Arbeitslosigkeit betroffen. Einen ebenfalls überproportionalen Anteil erreicht die Linkspartei mit 9,5%, gefolgt von denen, die nicht zur Wahl gehen werden (7%). CDU/CSU und BSW sind mit jeweils 2% für Arbeitslose deutlich unattraktiver, und bei SPD und FDP (jeweils 1,4%) sowie den Grünen (aufgerundet 1%) fällt diese Gruppe kaum noch ins Gewicht.

Das Durchschnittsalter liegt in unserer Stichprobe bei rund 51 Jahren. Die Wähler der Grünen stechen hier abermals hervor, sind sie doch mit im Mittel 39 Jahren deutlich jünger als die Anhänger aller anderen Parteien (Abb. 6), die sich meist nah um das mittlere Alter herum gruppieren. Die Wäh-

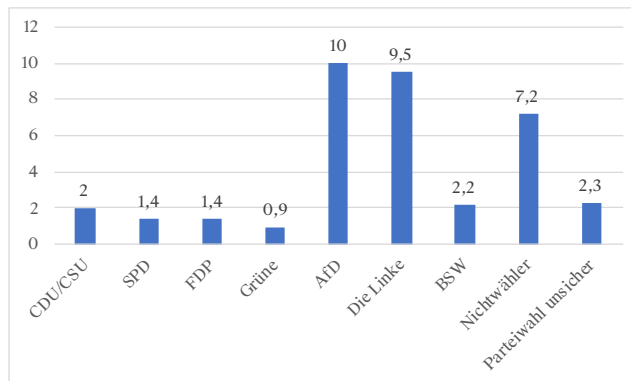


ABBILDUNG 5

ARBEITSLOSIGKEIT UNTER DEN WÄHLERN DER PARTEIEN (IN %)

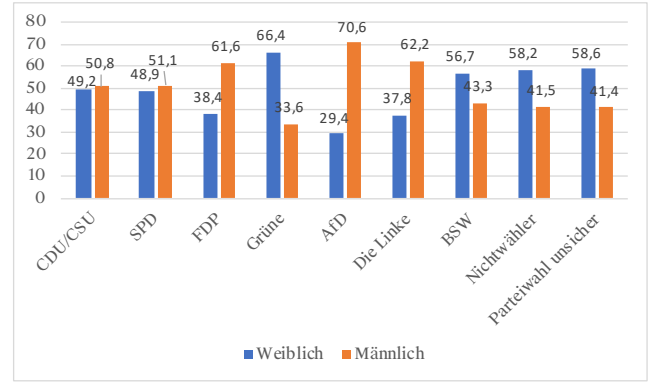


ABBILDUNG 4

GESCHLECHTERVERTEILUNG UNTER DEN PARTEIWÄHLERN (IN %)

ler von CDU/CSU und SPD fallen ebenfalls ins Auge, da sie das Durchschnittsalter in der Stichprobe deutlich überschreiten.

Dementsprechend finden sich bei CDU/CSU und SPD die größten Gruppen an Rentnern, die unter den Wählern anderer Parteien weniger repräsentiert sind (Abb. 7). Diese Verteilung offenbart nicht nur den demografischen Spalt zwischen den Parteien, sondern auch die Herausforderung der beiden prägenden Parteien der alten Bundesrepublik. Für diese beiden Parteien könnte dies ein Hinweis auf die große Bindung ihrer Wählerschaft sein, aber über kurz oder lang werden CDU/CSU und SPD neue Wählerschichten erschließen müssen.

**DIE ZUSTIMMUNG ZUR DEMOKRATIE**

Die Demokratie ist in den letzten Jahren unter Druck geraten und hat zuletzt deutlich an Unterstützung eingebüßt: So zeigen die Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2024 einen Rückgang in den Zustimmungswerten zur Demokratie als Idee um 5% und der Zufriedenheit mit der Alltagserfahrung

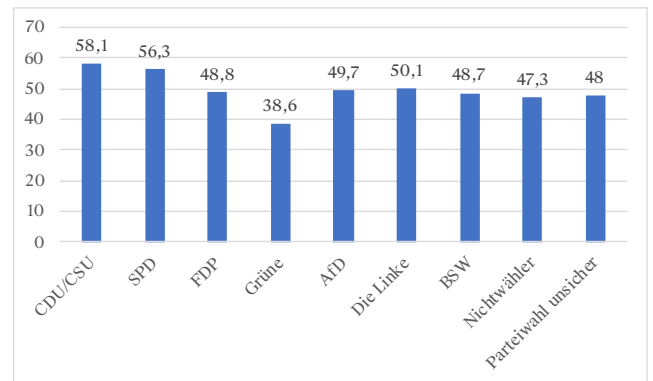


ABBILDUNG 6

DURCHSCHNITTSALTER DER WÄHLERSCHAFT JE PARTEI (MITTELWERT)

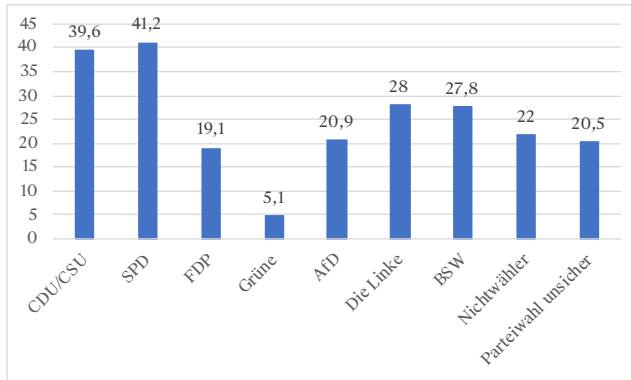


ABBILDUNG 7

ANTEIL AN RENTNERN UNTER DEN WÄHLERN DER PARTEIEN (IN %)

von Demokratie auf 42% (Decker et al. 2024b, 72ff). Indikator ist aber nicht allein die explizite Zustimmung zur Idee der Demokratie; vielmehr sind die Ressentiments gegen unterschiedliche Gruppen in der Bevölkerung der Gradmesser, inwiefern das Bekenntnis zur Demokratie von zentralen Elementen einer liberalen Demokratie getragen ist. Werden Menschen vornehmlich wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe wahrgenommen und dient diese Wahrnehmung ihrer Abwertung, wird ihnen auch die Anerkennung als gleichberechtigte Mitbürger mit legitimen Interessen verweigert. Für uns ist deshalb nicht nur die Zustimmung zur Demokratie relevant, um ihren Rückhalt in der Bevölkerung zu beschreiben, sondern auch ihr Gegenstück: Ressentiments und rechtsextreme Einstellungen. Daher stellen wir nun folgende Ergebnisse vor: Erstens die Unterstützung der Demokratie, zweitens die Verbreitung von Ressentiments, jeweils bezogen auf die Anhänger der verschiedenen Parteien.

Die Unterstützung der Idee der Demokratie gibt zunächst keine Auskunft darüber, wie diese Idee von den Befragten inhaltlich gefüllt wird. Gerade deshalb fällt auf, dass die Unterstützung unter den Parteianhängern sehr unterschiedlich verteilt ist (Abb. 8). Grundsätzlich lässt sich zwar feststellen, dass noch immer eine übergroße Mehrheit der demokratischen Idee verhaftet ist, aber im Kontrast wird doch die niedrige Zustimmung unter AfD- und Nichtwählern sichtbar. Die höchste Zustimmung erfährt die Demokratie bei Anhängern der Linkspartei, während die meisten demokratischen Parteien auf etwa gleichem Niveau um 95% liegen. Jedoch macht auch die FDP eine Ausnahme, denn fast 10% ihrer Wähler wollen sich nicht mehr mit der Demokratie anfreunden.

Wird die Zufriedenheit mit der Verfassungsrealität der Demokratie erfragt, fällt sie deutlich niedriger aus; und auch die die Differenzen zwischen den Parteianhängern sind prägnanter. So findet die Verfassungsrealität bei den Wählern der AfD den geringsten Zuspruch von nur noch 56,7% (Abb. 9). Insgesamt bekunden somit nur etwas mehr als die Hälfte AfD-Anhänger ihr Einverständnis, ein eindrücklich niedriger Wert. Den höchsten Wert erreichen die Wähler der Grünen mit 89,3%. Bei CDU/CSU, SPD und FDP billigen um die vier Fünftel der Wähler, bei Linkspartei und BSW jeweils etwa drei Viertel die Verfasstheit der Demokratie.

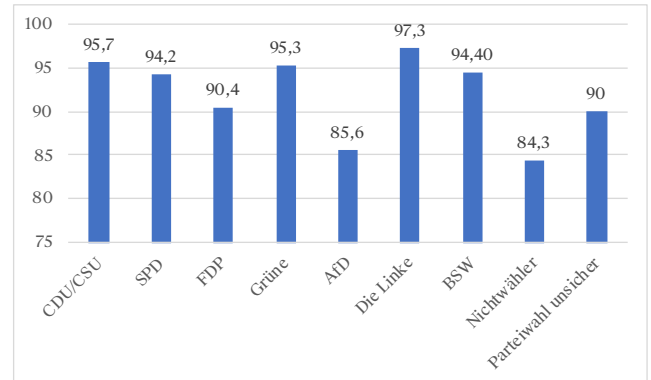


ABBILDUNG 8

ZUSTIMMUNG ZUR IDEE DER DEMOKRATIE UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

Wird nach der Zufriedenheit mit der Alltagserfahrung der Demokratie gefragt, sinken die Werte nochmals massiv (Abb. 10). Von den CDU/CSU-, SPD- und FDP-Wählern bekunden immerhin noch etwa die Hälfte, aber unter 60% der Befragten ihre Zufriedenheit damit, wie die Demokratie praktisch organisiert ist. Die meisten Zufriedenen gibt es unter den Wählern der Grünen (66,4%). Wieder stellt die AfD dazu den Kontrapunkt: Dass unter ihren Anhängern nur noch 15,9% – also etwa jeder Sechste – etwas Positives an der Demokratie ausmachen kann,

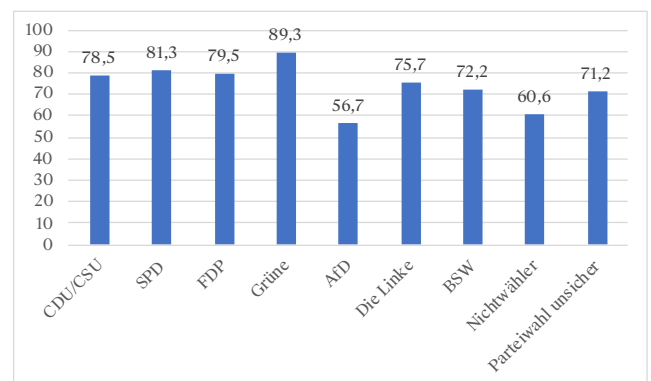


ABBILDUNG 9

ZUFRIEDENHEIT MIT DER DEMOKRATIE IN DER VERFASSUNG UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)



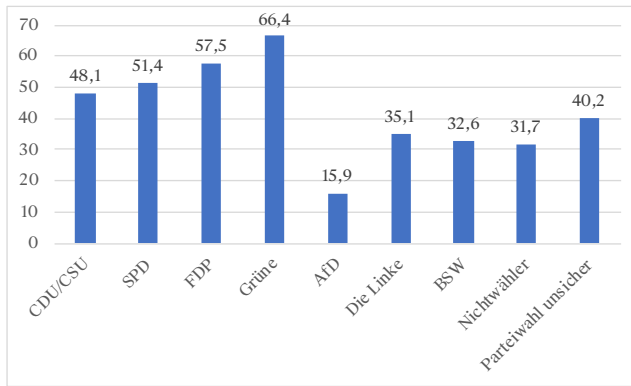


ABBILDUNG 10

ZUFRIEDENHEIT MIT DER DEMOKRATIE, WIE SIE IM ALLTAG FUNKTIONIERT UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

ist ein gleichermaßen deutlicher wie ungünstiger Befund. Die AfD-Wähler sind demokratisch abgehängt und werden von den Institutionen der Demokratie nicht erreicht.

Das zeigt auch die Ausprägung der politischen Deprivation (Abb. 11). Unter den AfD-Wählern liegt der Anteil der politisch Deprivierten am höchsten; lediglich unter den Nicht-Wählern fühlen sich noch mehr Befragte aus dem politischen Prozess und der Partizipation ausgeschlossen. Und auch hier zeigen sich die Grünen-Wähler am besten in das politische System der Bundesrepublik integriert, denn von ihnen erlebt sich etwa die Hälfte als politisch wirkmächtig – das ist im Vergleich bereits ein hoher Wert.

### DIE VERBREITUNG DER RECHTSEXTREMEN EINSTELLUNG

Die Verbreitung antidemokratischer und insbesondere rechtsextremer Einstellung ist seit mehr als zwanzig Jahren ein prominenter Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung hierzulande (die ersten Erhebungen der beiden maßgeblichen Langzeituntersuchungen fanden 2001 bzw. 2002 statt: Heitmeyer 2002; Decker, Niedermayer & Brähler 2003). Seitdem erheben wir in den Leipziger Autoritarismus Studien (früher unter dem Namen »Mitte«-Studien) unter anderem sechs Dimensionen einer rechtsextremen Einstellung, von denen wir vier der Neo-NS-Ideologie (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und NS-Verharmlosung) und zwei dem Ethnozentrismus (Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus) zuordnen (Heyder & Decker 2011). Über die Zeit hat sich die Zusammensetzung der Wählerschaften der Parteien stark verändert: Waren Menschen mit einer rechtsextremen Einstellung vor

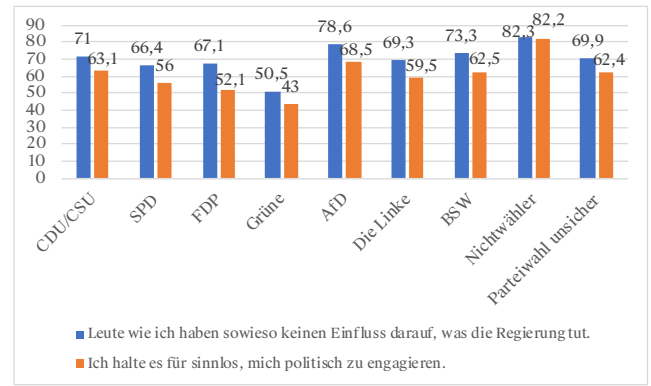


ABBILDUNG 11

POLITISCHE DEPRIVATION UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

zwanzig Jahren noch unter den Wählern von CDU/CSU und SPD zu finden, zeigt sich seit 2016 eine deutliche Verschiebung, da es der AfD gelungen ist, diese Gruppen an sich zu binden (Decker & Brähler 2016). Mit dem Auftreten des BSW seit 2024 ist zudem die Frage nach der politischen Haltung der BSW-Wählerschaft und nach seiner Auswirkung auf die Arithmetik der Parteienlandschaft aktuell geworden (Decker et al. 2024a).

Betrachtet man die Elemente der Neo-NS-Ideologie, zeigt sich der Befund der letzten Jahre weiterhin stabil. Die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, etwa der Wunsch nach einem Führerstaat oder einer völkischen Gemeinschaft ohne Parteienpluralität, findet sich vor allem unter den Anhängern der AfD (Abb. 12). Mit rund 17% ist die manifeste Zustimmung zwar nur bei jedem sechsten AfD-Anhänger anzutreffen, doch ist der Ruf nach einer rechtsautoritären Diktatur in diesem Milieu offenkundig bedeutsam – und zwar nur in diesem Milieu. Der Abstand zu allen anderen Parteien ist groß. Das

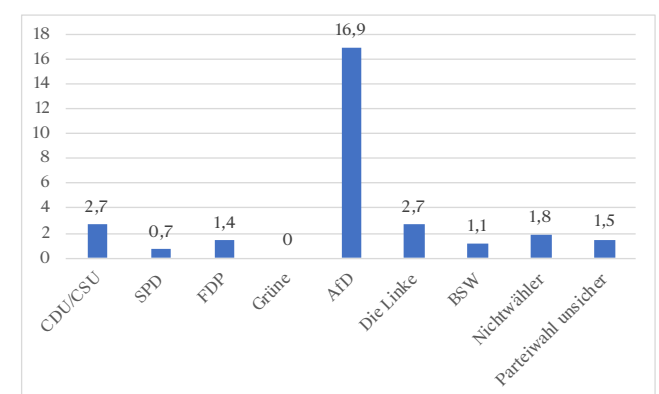


ABBILDUNG 12

BEFÜRWORDUNG EINER RECHTSAUTORITÄREN DIKTATUR UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (NEO-NS-IDEOLOGIE; IN %)

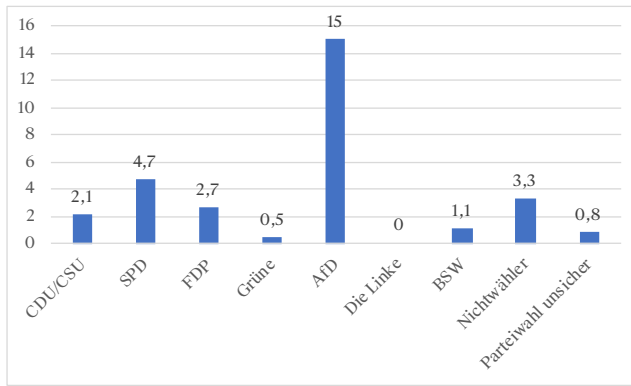


ABBILDUNG 13

ZUSTIMMUNG ZUM TRADIERTEN ANTI-SEMITISMUS UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (NEO-NS-IDEOLOGIE; IN%)

Wählermilieu von CDU/CSU und Linkspartei ist mit jeweils 2,7% durch diese Wünsche geprägt, bei den anderen Parteien liegt der Wert noch niedriger.

Ähnlich verhält es sich mit der manifesten Zustimmung zum tradierten Antisemitismus. Dieser Projektion zufolge werden Juden als grundsätzlich fremde, überaus machtvolle aber gleichzeitig schwache Gruppe phantasiert (Abb. 13). Unter den AfD-Wählern ist die Zustimmung zu Aussagen dieses Inhalts fast genauso häufig wie die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur. Auffällig ist allerdings, dass der Abstand zu den Wählern anderer Parteien geringer ausfällt als beim vorherigen Item: So stimmen auch 4,7% der SPD-Wähler tradiert antisemitischen Aussagen zu.

Das durch die Neo-NS-Ideologie geprägte Klima in der Wählerschaft der AfD lässt sich auch in der Dimension des Sozialdarwinismus nachweisen (Abb. 14). 10,5% von ihnen, also etwa jeder Zehnte, stimmt allen sozialdarwinistischen Aussagen ausdrücklich zu, solchen Behauptungen also, die verschiedene Menschen als ungleichwertig beurteilen. Dieser Anteil ist nicht gering. Deutlich ist zudem der Abstand zu den Wählern anderer Parteien: Für rund 3% der CDU/CSU-Wähler und 2,5% der Nichtwähler sind sozialdarwinistische Vorstellungen zustimmungsfähig.

Die Verharmlosung des Nationalsozialismus ist die letzte Dimension der rechtsextremen Einstellung, die der Neo-NS-Ideologie zugeordnet ist (Abb. 15). Das Bild ähnelt insofern dem vorherigen Item, als auch die Aussagen, welche die Probanden zur Verharmlosung des NS bewerten sollten, am häufigsten von AfD-Anhängern bejaht werden: Wieder stimmt etwa jeder Zehnte von ihnen zu (9,9%). Für die Wähler anderer Parteien spielt die Verharmlosung der Verbrechen Nazideutschlands derzeit keine Rolle.

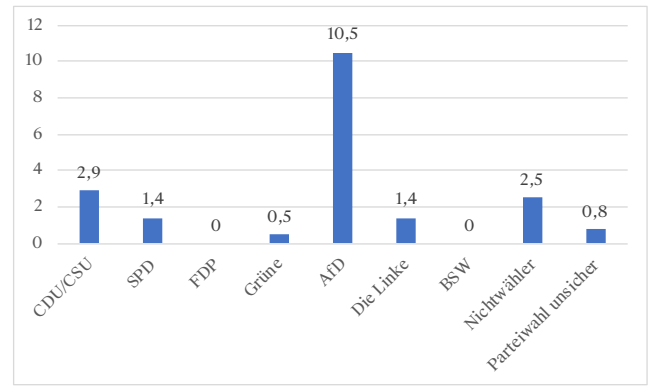


ABBILDUNG 14

ZUSTIMMUNG ZUM SOZIALDARWINISMUS UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (NEO-NS-IDEOLOGIE; IN%)

Die beiden anderen Dimensionen der rechts-extremen Einstellung gehören zur Kategorie des Ethnozentrismus: Chauvinismus (Eigenaufwertung) und Ausländerfeindlichkeit (Fremdabwertung). Diese Denkweisen sind in der Gesamtbevölkerung verbreiteter. So ist der Chauvinismus unter den AfD-Wählern am stärksten ausgeprägt: 37,5% von ihnen lassen eine aggressive Vaterlandsbegeisterung erkennen (Abb. 16). So gehört etwa der Wunsch nach „Deutschlands Macht und Geltung in der Welt“ zum Grundton dieser Parteianhänger. Doch ganz abwesend ist dieses Bedürfnis auch bei den Anhängern anderer Parteien nicht, denn wenn – wie bei CDU/CSU und FDP – jeder sechste Wähler die Sehnsucht nach nationaler Größe äußert oder – wie bei der SPD – jeder zehnte, ist dies kein Randthema innerhalb dieser Milieus. Am seltensten ist diese Einstellung bei den Wählern der Grünen und der Linkspartei (5,6 und 5,4%), während Nichtwähler und Unschlüssige etwa auf dem Niveau der anderen demokratischen Parteien liegen.

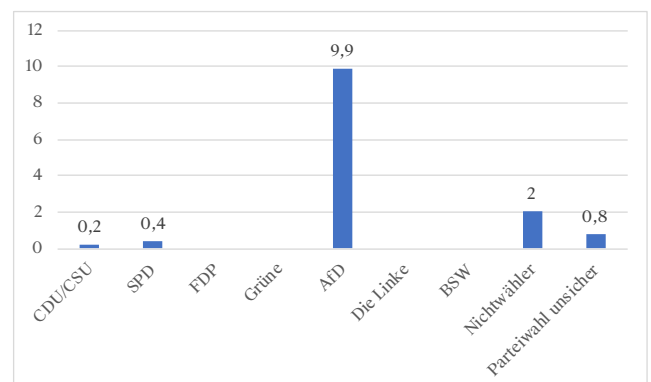


ABBILDUNG 15

NS-VERHARMLOSUNG UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)



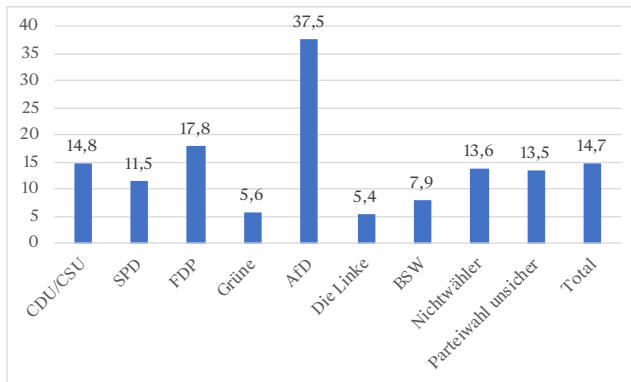


ABBILDUNG 16

ZUSTIMMUNG ZUM CHAUVINISMUS UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (ETHNOZENTRISMUS; IN %)

Die zweite Dimension des Ethnozentrismus und die letzte Dimension der rechtsextremen Einstellung ist die Ausländerfeindlichkeit, die unter den Deutschen insgesamt am stärksten verbreitet ist (Abb. 17). Die Ausländerfeindlichkeit beschreibt Migranten mit völkischen Motiven und fordert die Einschränkung ihrer Rechte. Der rechtsextreme Charakter der AfD, mit dem diese Partei ihre Wählerschaft bindet, wird insbesondere bei diesem Item deutlich: Über 60% der AfD-Wähler sind ausländerfeindlich eingestellt. Doch auch in der Anhängerschaft anderer Parteien ist Ausländerfeindlichkeit ein Thema, wenn auch etwas moderater ausgeprägt. Die einzige Ausnahme bildet die Wählerschaft der Grünen (2,8%). Doch wenn jeder fünfte Wähler von CDU/CSU, SPD und FDP (21,5%, 18,3%, 21,9%) dieses Ressentiment teilt, bestimmen ausländerfeindliche Motive auch in diesen politischen Milieus das Klima. Bemerkenswert ist an dieser Stelle der relativ hohe Anteil unter den BSW-Wählern, von denen sich jeder vierte mit ausländerfeindlichen Aussagen identifizieren kann (25,8%). Auch bei der Linkspartei und bei denen, die gegenwärtig nicht wissen, welche Partei sie wählen werden, teilen noch immer 10% dieses Ressentiment. Ausländerfeindlichkeit ist, so wurde es oft zusammengefasst, die Einstiegsdroge in den Rechtsextremismus. Deshalb ist zu erwarten: Je dominanter dieses Thema wird, desto mehr werden die Wähler auch mit anderen Ideologeelementen der extremen Rechten wie der Neo-NS-Ideologie in Kontakt kommen und für sie Akzeptanz ausbilden. Zudem ist schon jetzt festzustellen, dass die größte Bedrohung der Demokratie von destruktiven Ressentiments gegen andere Menschen ausgeht. Im Folgenden werden wir dies entlang der Ressentiments gegen andere Gruppen noch einmal präzisieren.

Zum Abschluss soll ein weiteres Maß zur Einschätzung des rechtsextremen Klimas unter den

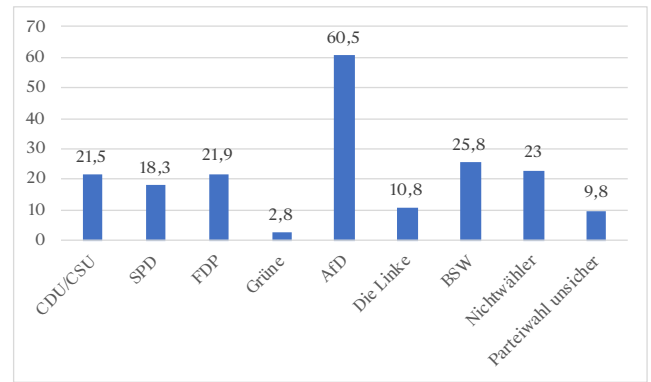


ABBILDUNG 17

ZUSTIMMUNG ZUR AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (ETHNOZENTRISMUS; IN %)

Parteienanhängern vorgestellt werden. Haben wir bisher die einzelnen Dimensionen der rechtsextremen Einstellung betrachtet, wenden wir uns nun dem geschlossenen rechtsextremen Weltbild zu (Abb. 18). Der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung umfasst insgesamt 18 Aussagen, also drei pro Dimension, und nur, wer durchschnittlich allen Aussagen zustimmt, weist nach unserer Definition ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild auf (Cut-Off  $\geq 63$ ). Durch diese Berechnungsgrundlage finden auch latente Einstellungen im Grenzbereich zwischen ausdrücklicher und teilweiser Zustimmung Berücksichtigung.

Bei der Auswertung der einzelnen Dimensionen war das rechtsextreme Klima unter den AfD-Anhängern bereits deutlich geworden; nun tritt es noch einmal hervor, denn von ihnen hat jeder Vierte ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Wer zu diesen 22% gehört, wird von der Ausländerfeindlichkeit dieser Partei genauso angesprochen wie vom Antisemitismus und der Forderung nach einer „180-Grad-Wende in der Erinnerungspolitik“, wie es der Landesvorsitzende der AfD in Thüringen formulierte. Dagegen ist der Anteil von Wählern mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild bei den anderen Parteien gegenwärtig sehr gering. Ein gewisses Wählerpotenzial für die AfD findet sich lediglich unter den Nichtwählern (9,9%). Diejenigen, die über ihre Parteiwahl noch unsicher sind, haben dagegen nur in wenigen Themenbereichen Schnittstellen mit der AfD.

#### DIE ABWERTUNG DER „ANDEREN“

Von allen Dimensionen der rechtsextremen Einstellung findet die Ausländerfeindlichkeit über die Parteilinien hinweg die höchste Zustimmung. Darin zeigt sich der Stellenwert von Ressentiments,

bedrohen diese doch in besonderem Maße die Demokratie und eine freiheitliche Grundordnung. Aus diesem Grund werden wir nun auch andere Ressentiments genauer betrachten.

In Europa ist es vor allem der Antisemitismus, der bereits über lange Zeitachsen Menschen als „grundlegend anders“ aufgeladen hat. Sein Erstarren ist daher ein Gradmesser für die Demokratiebedrohung und die Offenheit der Bevölkerung für faschistische Agitation. Doch gleichzeitig ist das antisemitische Ressentiment besonders schwer zu messen, weil es seit den 1980er Jahren der gesellschaftlichen Ächtung unterliegt (Decker & Reimer-Gordinskaya 2024). Dadurch wurde jedoch das ihm zugrunde liegende Bedürfnis nicht beseitigt (vgl. Decker, Kiess & Brähler 2024; Decker et al. 2024c). Aus diesem Grund weist der Antisemitismus eine hohe Variabilität seiner Motive auf. Mit anderen Worten: Da der tradierte Antisemitismus geächtet ist, werden andere Möglichkeiten der Äußerung gesucht und gefunden. In der Forschung war deshalb schon früh von der Umwegkommunikation des Antisemitismus die Rede (Bergmann & Erb 1986). Auch in der Leipziger Autoritarismus Studie haben wir bereits vor einigen Jahren auf diese veränderten Ausdrucksformen reagiert, mit denen das Ressentiment gegen Juden rationalisiert und legitimiert werden soll, und zwei Motive der Umwegkommunikation in die Befragung integriert: den Schuldabwehrantisemitismus und den israelbezogenen Antisemitismus. Seit 2024 untersuchen wir außerdem aus gegebenem Anlass den antisemitischen Antizionismus und den postkolonialen Antisemitismus.

Die Erscheinungsformen des antisemitischen Ressentiments sind jedoch noch ausdifferenzierter. So wurde bereits Ende der 1950er Jahre ein spezifisch deutscher Antisemitismus manifest, der als Sekundäranisemitismus (Schönbach 1961) beschrieben wurde – und heute oft Schuldabwehrantisemitismus genannt wird. Das bringt den Gegenstand des Hasses treffend zum Ausdruck, denn hier geht es um den Hass auf Juden als diejenigen, die an den Zivilisationsbruch von Deutschen und in deutschem Namen erinnern und zwar allein schon dadurch, dass es weiterhin jüdisches Leben gibt.

In Bezug auf die Wählerschaft verschiedener Parteien ergibt sich für den Schuldabwehrantisemitismus folgendes Bild (Abb. 19): Aussagen, die auf eine Täter-Opfer-Umkehr hinauslaufen, die Shoah relativieren oder eine Schlussstrichforderung enthalten, werden von AfD-Wählern am häufigsten befürwortet, denn jeder zweite Anhänger dieser

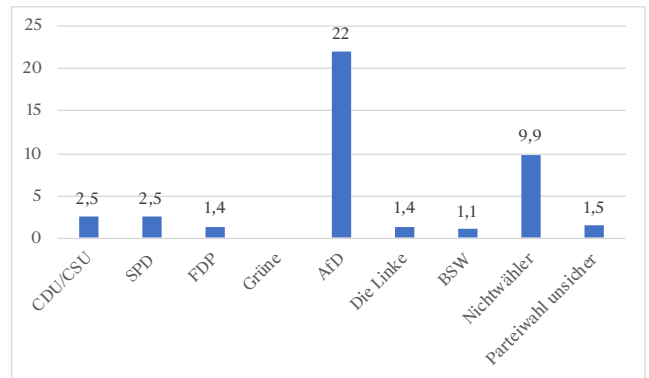


ABBILDUNG 18

GESCHLOSSEN RECHTSEXTREMES WELTBILD UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

Partei stimmt solchen Aussagen manifest zu. Die Ablehnung der Erinnerungskultur gehört für die AfD somit zum ideologischen Kernbestand. Unter den Anhängern anderer Parteien fällt die Zustimmung zwar geringer aus, allerdings ist die Distanzierung keineswegs vollständig gelungen: Jeder dritte CDU/CSU-Wähler identifiziert sich mit solchen Denkweisen, ebenso jeder vierte SPD-, BSW-, FDP- und Nichtwähler. Nur die Anhängerschaft von Linkspartei und Grünen liegt jeweils deutlich unter 20%, was aber selbst für diese Parteien bedeutet, dass der ressentimentgeladene Wunsch nach einem Ende der Auseinandersetzung mit der Shoah auch im eigenen Milieu virulent ist.

Während der Schuldabwehrantisemitismus vor allem in Deutschland eine Rolle spielt, gehört der israelbezogene Antisemitismus zu den international verbreiteten Formen des Ressentiments. Seine Merkmale sind die Dämonisierung des Staates Israel, die Bewertung israelischer Politik anhand von Doppelstandards, die Forderung nach der Abschaffung des jüdischen Staats, die Aberkennung seines Existenzrechts oder seiner Autonomie. Entlang der Definition der International Holocaust Remembrance Alliance werden zudem die Gleichsetzung von israelischer Politik mit der Politik Nazideutschlands, das Verantwortlichmachen aller Juden für die israelische Regierungspolitik und die Verwendung antisemitischer Symbole, Bilder und Floskeln auf Israel als Kennzeichen des israelbezogenen Antisemitismus definiert.<sup>1</sup> Über die Umwegkommunikation des israelbezogenen Antisemitismus kann das Ressentiment scheinbar legitim zum Ausdruck gebracht und das Bedürfnis im Ressentiment befriedigt werden.

1) <https://holocaustremembrance.com/resources/working-definition-antisemitism> (13.01.2025)

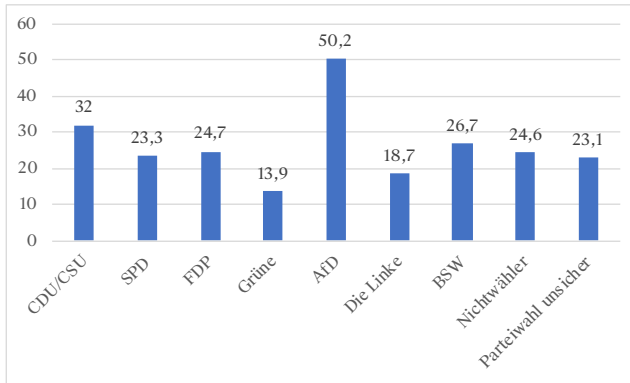


ABBILDUNG 19

ZUSTIMMUNG ZUM SCHULDABWEHRANTISEMITISMUS UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

Auch hier zeigen sich große Unterschiede zwischen den Anhängern verschiedener Parteien (Abb. 20). So ist auch der israelbezogene Antisemitismus am häufigsten unter den Wählern der AfD zu finden, wo jeder Vierte (22,4%) das Ressentiment teilt. Bei allen anderen Parteien ist die Zustimmung dagegen verhältnismäßig gering.

Wegen der massiven Solidarisierung der bewegungsförmigen Linken mit der klerikal-faschistischen Terrororganisation Hamas haben wir 2024 außerdem zwei neue Dimensionen des Antisemitismus in die Untersuchung aufgenommen, den antisemitischen Antizionismus und den postkolonialen Antisemitismus, mit denen wir die Verbreitung von Motiven des Antisemitismus erfassen, die mit ideologischen Motiven rationalisiert werden, welche innerhalb linker politischer Milieus Akzeptanz finden. Sie weisen ebenfalls einen Bezug auf Israel auf, doch versucht sich das Ressentiment über scheinbare Gerechtigkeitsnormen zu legitimieren. Trotz dieser Rationalisierung enthalten die Aussagen, mit denen diese Formen des Antisemitismus gemessen werden, die in der IHRA-Definition genannte Merkmale (vgl. Decker, Kiess & Brähler 2024), beispielsweise die Herabsetzung von Juden als heimtückisch, hinterhältig und heimatlos, den Wunsch nach einem Ende des Staates Israel und eine latente Täter-Opfer-Umkehr. Für AfD-Wähler sind jedoch die ideologischen Fragmente aus der postkolonialen Theorie nicht im selben Maß anknüpfungsfähig wie beim eben betrachteten israelbezogenen Antisemitismus ohne diesen ideologischen Hintergrund. Dass sich unter den Wählern der AfD dennoch der größte Zuspruch zu dieser Form des Antisemitismus findet, zeigt, dass die zugrundeliegenden Motive unabhängig vom ideologischen Rahmen verstanden und genutzt werden (Abb. 21). Jeder sechste Anhänger dieser Partei, aber nur etwa

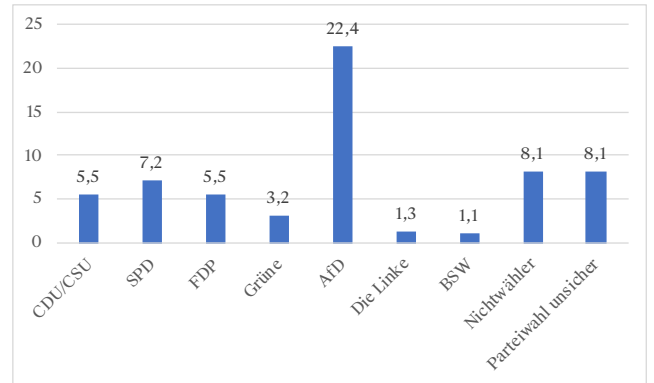


ABBILDUNG 20

ZUSTIMMUNG ZUM ISRAELBEZOGENEN ANTISEMITISMUS UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

jeder zwanzigste Wähler anderer Parteien, stimmt den Aussagen des postkolonialen Antisemitismus ausdrücklich zu. Dennoch fällt auf, dass etwas mehr Wähler von Grünen und Linkspartei auf diese Äußerungsform ansprechen als auf andere antisemitische Motive.

Beim Antizionismus ist die Zustimmung unter den Anhängern der Linkspartei mit 16% sehr hoch, höher sogar als unter denen der AfD mit 15% (Abb. 22). Beim BSW befürwortet jeder Zehnte antizionistische Aussagen, bei den Grünen etwa jeder vierzehnte.

Das nächste Ressentiment richtet sich gegen eine andere Gruppe, doch hat der Antiziganismus eine Funktionsnähe zum Antisemitismus (Freckmann 2022), weil auch Sinti und Roma als grundsätzlich „fremd“ und außenstehend, als Gegenbild zur eigenen nationalen Identität projektiv aufgeladen werden. Dieses Ressentiment wird jedoch offener geäußert, denn der Hass auf Sinti und Roma unterliegt anders als der Antisemitismus keinem Druck zur Kommunikationslatenz. Der Wunsch, Sinti und Roma sollten sich nicht im eigenen Umfeld nieder-

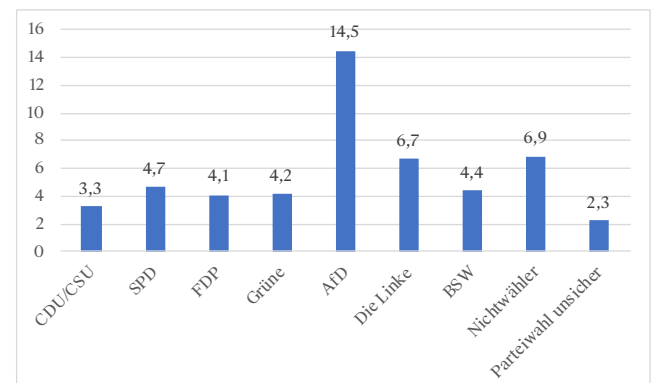


ABBILDUNG 21

ZUSTIMMUNG ZUM POSTKOLONIALEN ANTISEMITISMUS UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

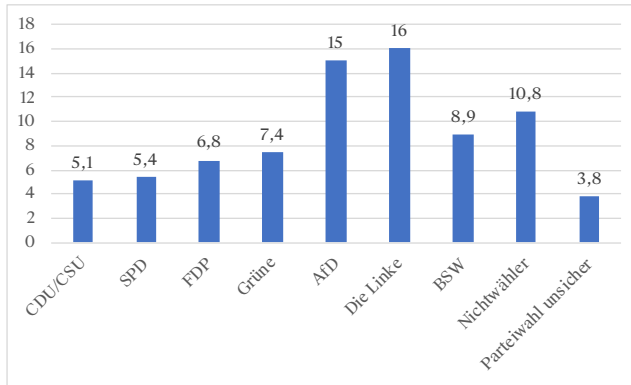


ABBILDUNG 22

ZUSTIMMUNG ZUM ANTISEMITISCHEN ANTIZIO-NISMUS UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

lassen wird genauso offen geäußert wie die diffamierende Zuschreibung, Sinti und Roma „neigen zur Kriminalität“ (Abb. 23). Unter den Wählern der AfD herrscht breiter Konsens, diese Mitglieder der deutschen Gesellschaft abzuwerten, da fast drei Viertel von ihnen solcher Ansicht sind. Doch auch die Wähler der anderen Parteien sind keineswegs immun gegen den Antiziganismus: In keinem einzigen Fall sinkt der Anteil derer, die sich gegen Sinti und Roma aussprechen, unter 20%

Noch ausgeprägter sind unter den Anhängern der AfD nur noch die Aggressionen gegen Muslime (Abb. 24). Der überwiegende Teil dieser Wählerschaft stimmt Aussagen zu, die ein Zuwanderungsstopp für Muslime nach Deutschland fordern oder ein Fremdheitsgefühl im eigenen Land beschreiben, das Muslime verursachen würden. Gerade einmal 20% der AfD-Wähler stimmen diesen Aussagen nicht zu. Muslime sind das erste Objekt, Muslimfeindschaft ist die präferierte Rationalisierung der autoritären Aggression im AfD-Milieu. Der Anteil an Muslimfeinden ist unter den Wählern der anderen Parteien deutlich geringer und auch weniger ausgeprägt als der Antiziganismus, aber doch alarmierend hoch. Lediglich an Grünen- und Linksparteiwählern lassen sich möglicherweise erste Erfolge der Auseinandersetzung mit der Muslimfeindschaft ablesen, die in den letzten Jahren geführt wurde.

Der Antifeminismus ist das letzte Ressentiment gegenüber Menschen, das wir für diese Beschreibung der Wähler verschiedener Parteien heranziehen. Die Aussagen, die den Antifeminismus messen, beinhalten nicht nur die massive Abwertung von Frauen, sondern sie richten sich auch ausdrücklich gegen weibliche Emanzipationsbestrebungen (Höcker, Pickel & Decker 2020). Treten Frauen in sozialen Bereichen auf, die nicht den traditionellen

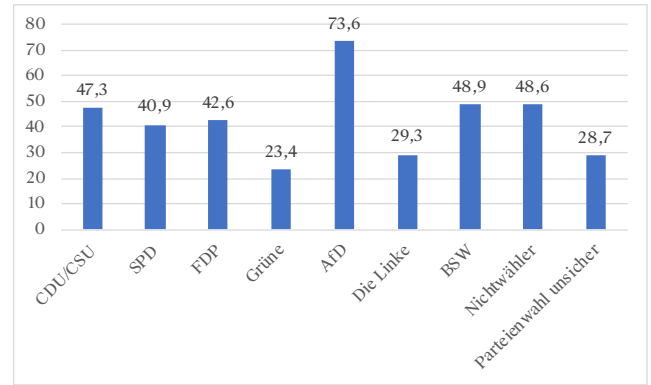


ABBILDUNG 23

ANTIZIGANISMUS UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

Rollenbildern entsprechen, löst das bei Antifeministen Aggressionen aus. Dies gilt beispielsweise für die Beteiligung von Frauen an der Politik oder für die Forderung nach sexueller und reproduktiver Autonomie. Wiederum stimmen die Wähler der AfD den Aussagen zum Antifeminismus manifest am häufigsten zu (Abb. 25). Fast die Hälfte ihrer Anhänger lehnt die Emanzipation von Frauen ab und findet ihre Verächtlichmachung legitim. Unter den CDU/CSU-Wählern teilt allerdings auch ein Viertel diese Ansichten, und sogar – dem eigenen Anspruch nach – linke Parteien kommen bei diesem Ressentiment auf hohe Zustimmungswerte: 27% der BSW- und 20% der Linkspartei-Wähler reagieren mit Aggressionen auf weibliche Emanzipationsbestrebungen. Bei SPD und FDP ist der Anteil etwas niedriger (14% bzw. 17,8%), aber nur bei den Grünen sinkt er in den einstelligen Bereich (5,6%). Bei Nichtwählern und Unentschiedenen ist er wiederum hoch (25,9% und 19,3%).

Die Aggressivität, die sich gegen Menschen richtet, kann aber auch in einer instrumentell-gewaltvollen Haltung zur umgebenden und eigenen

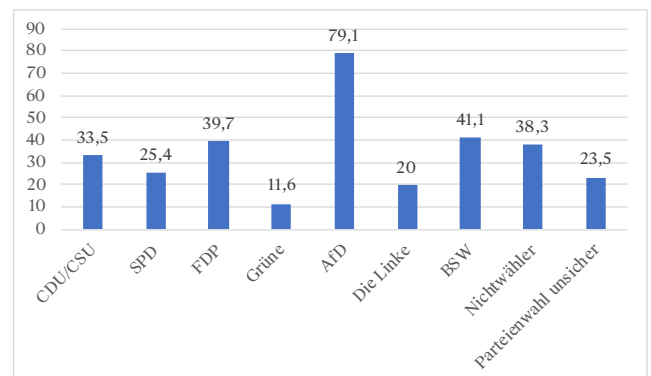


ABBILDUNG 24

MUSLIMFEINDSCHAFT UNTER DEN PARTEI-ANHÄNGERN (IN %)



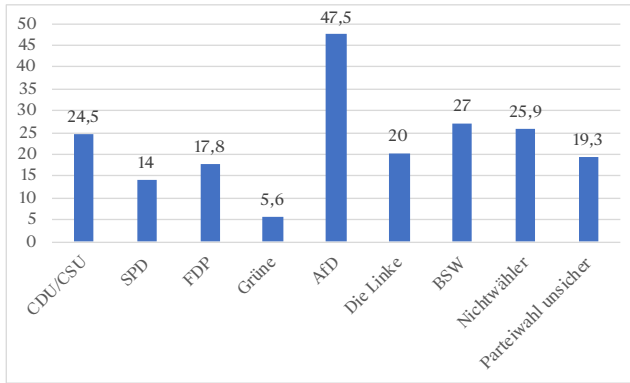


ABBILDUNG 25

ZUSTIMMUNG ZUM ANTIFEMINISMUS UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

Natur zum Ausdruck kommen (Abb. 26). Die Vorstellung, dass der Mensch das Recht habe, über die Natur zu herrschen, sie für seine Bedürfnisse zu manipulieren, verfügbar zu machen und zu gestalten, ist bei einem Fünftel der AfD-Wähler anzutreffen (21,4%). Wieder gibt es einen deutlichen Unterschied zu den Anhängern der anderen Parteien, wo der Anteil jeweils unter 10% bleibt, zum Teil sehr deutlich, wie bei FDP- und Grünen-Wählern (2,7 bzw. 3,2%).

Wie schon beim Rechtsextremismus und der Ablehnung der Demokratie zeigen die AfD-Wähler auch bei der Abwertung von Teilen der deutschen Bevölkerung die deutlichste Bereitschaft zu antidemokratischen Positionen. Eine solche Aggressivität ist auch bei anderen Partei-Anhängern anzutreffen, doch sticht die Wählerschaft der AfD immer wieder durch negative Spitzenwerte heraus, was nahelegt, dass die Destruktivität in dieser Partei Common Sense ist. Die Aggressionsbereitschaft ist Ausdruck tiefsitzender psychischer Bedürfnisse, die von vielen geteilt werden und richtet sich gegen unterschiedlichste Gruppen. Doch im Sinne ihrer Wähler soll gerade die Destruktivität durch die AfD politisch wirksam werden. Damit ist diese politische Kraft über die Alltagskultur hinaus eine massive Bedrohung der Demokratie geworden.

### PSYCHOSOZIALES BEFINDEN UND EINFLUSSFAKTOREN

Zum Abschluss stellen wir deshalb das psychosoziale Befinden der Wähler vor. Gleichzeitig werfen wir damit einen Blick auf mögliche Ursachen der antidemokratischen Haltung. Zuerst haben wir die Ängste der Befragten bestimmt, wofür eine Kurzform der General Anxiety and Depression Scale (Löwe et al. 2008) zum Einsatz gekommen ist

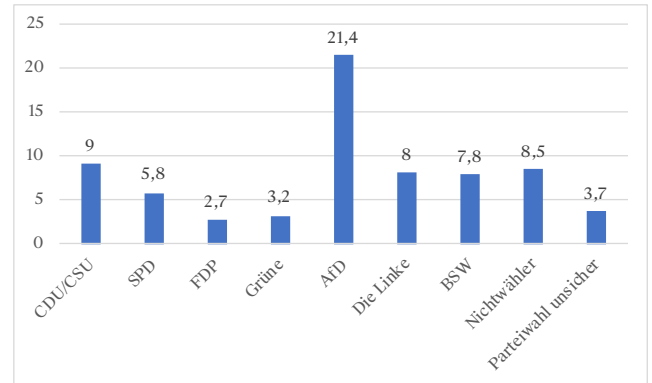


ABBILDUNG 26

WUNSCH NACH NATURBEHERRSCHUNG UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

(Abb. 27). Gemessen wurde die Grundstimmung der Befragten, also nicht die Angst vor konkreten Entwicklungen, sondern das generelle Gefühl der Bedrohung.

Am häufigsten sind die Wähler der Linkspartei (13,5%) durch generalisierte Ängste belastet, gefolgt von den Wählern der AfD (11%). Am seltensten findet sich ein solches Angst-Syndrom unter den Wählern der Grünen und der FDP (5,1 bzw. 5,6%).

Auch die Belastung durch eine Depressionsneigung findet sich bei den Wählern von AfD und Linkspartei am häufigsten (16,4 bzw. 13,5%), wenn auch im umgekehrten Verhältnis (Abb. 28). Zur Messung haben wir eine Kurzform des Patient Health Questionnaire als Depressionsscreeningfragebogen eingesetzt (Spangenberg, Brähler & Glaesmer 2012; Wicke et al. 2022).

In der Leipziger Autoritarismus Studie hat sich über die Jahre konstant der Einfluss des autoritären Syndroms auf die antidemokratische Haltung gezeigt. Das gilt sowohl für die formalen Aspekte der Demokratie (z.B. Ablehnung oder Befürwortung einer Diktatur) als auch für gruppenbezogene Res-

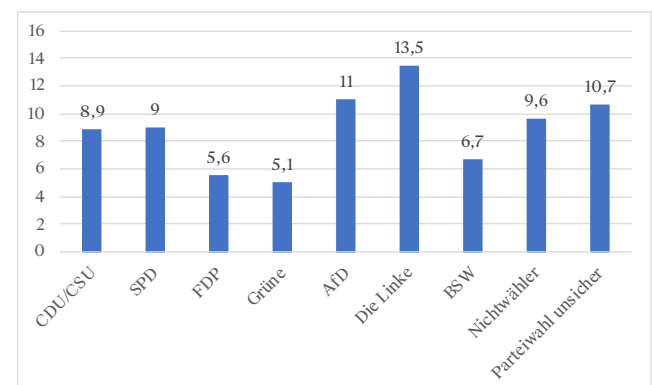


ABBILDUNG 27

GENERALISIERTE ÄNGSTE UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

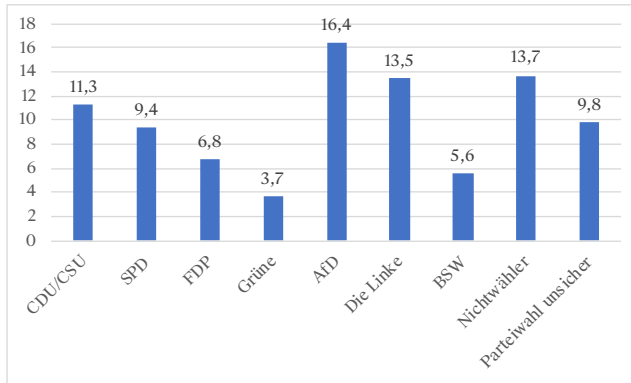


ABBILDUNG 28

DEPRESSIONSNEIGUNG UNTER DEN PARTEI-ANHÄNGERN (PHQ; IN %)

sentiments. Wer Sehnsucht nach einer starken Autorität, einem Führer oder der Identifikation mit der Macht und Stärker einer Nation äußert, wer an starren Normen und Konventionen orientiert ist und wer harte und strafende Maßnahmen gegen scheinbar Abweichende, Schwache oder Fremde fordert, weist die psychische Grundstruktur des sadomasochistischen Autoritarismus auf. Abermals ist dieses autoritäre Syndrom vor allem unter den Wählern der AfD anzutreffen, doch ist es auch in der Anhängerschaft der anderen Parteien relevant (Abb.29). Fast die Hälfte der AfD-Wähler hat manifeste autoritäre Aggression und wünscht sich ein hartes Vorgehen gegen jene, die sie als abweichend wahrnehmen. Bei den Anhängern der anderen Parteien sind es aber auch ein Viertel (SPD) bzw. ein Drittel (CDU/CSU, FDP, Linkspartei, BSW), die einer scheinbar abweichenden Position mit Ausgrenzung und Macht begegnen wollen.

Unter den Grünen-Wählern teilen zwar ebenfalls rund 16% diese Aggressionen, aber auch hier zeigen sie wieder eine deutlich geringere Bereitschaft zum Ressentiment als die Anhänger der übrigen Parteien.

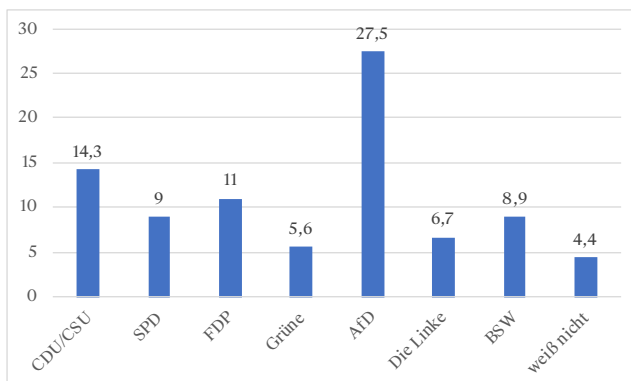


ABBILDUNG 30

AUTORITÄRE UNTERWÜRFIGKEIT UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

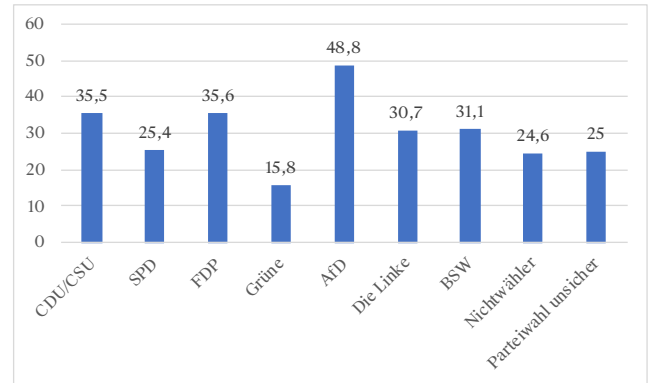


ABBILDUNG 29

AUTORITÄRE AGGRESSIONEN UNTER DEN PARTEI-ANHÄNGERN (IN %)

Dieser Befund wiederholt sich bei der autoritären Unterwürfigkeit (Abb.30), für die wiederum die Grünen-Wähler mit rund 6% am wenigsten anfällig sind. Eine starke Autorität zu wünschen, mit deren Macht man sich identifizieren kann, ist dagegen abermals für das Milieu der AfD am attraktivsten (27,5%). Unter CDU/CSU- und FDP-Wählern finden sich zwar ebenfalls über 10% mit autoritärer Unterwürfigkeit, doch ist der Abstand deutlich.

Der Konventionalismus – verstanden als Orientierung an starren Konventionen und Wunsch nach ausschließlicher Geltung der Regeln und Normen des eigenen politischen Milieus – ist bei den Wählern der AfD und der CDU/CSU stark ausgeprägt (Abb.31). Mit jeweils etwa 30% Zustimmung liegen sie etwa gleichauf und dieser relevante Anteil ist auch deutlich höher als bei allen anderen Parteianhängern, bei denen der Wert zwischen 15,1% (FDP) und 8,4% (Grüne) variiert.

Neben dem sadomasochistischen Typus des Autoritären, den wir bereits beschrieben haben, sind in den letzten Jahren weitere Merkmale des autoritären Syndroms hinzugetreten, mit denen das auto-

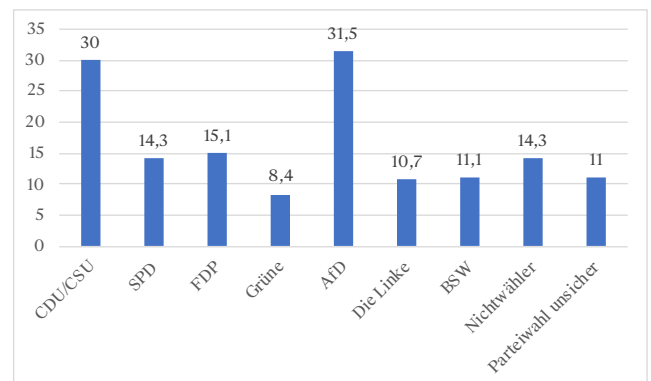


ABBILDUNG 31

KONVENTIONALISMUS UNTER DEN PARTEI-ANHÄNGERN (IN %)



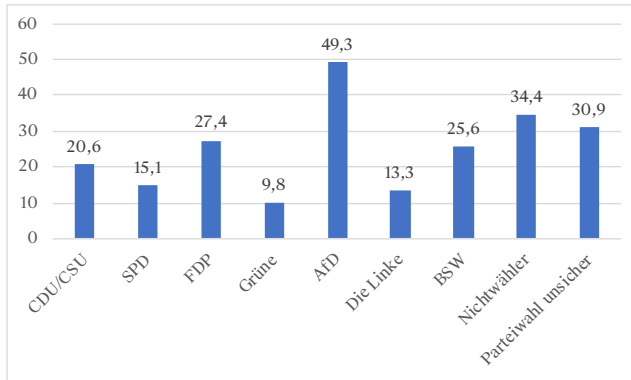


ABBILDUNG 32

VERSCHWÖRUNGSMENTALITÄT UNTER DEN PARTEI-ANHÄNGERN (IN %)

ritäre Syndrom erfasst werden kann. Diese neueren Merkmale sollen dem Individuum zwar ebenfalls Sicherheit bieten – eine „Prothesensicherheit“ (Fromm 1936), wie Fromm diesen Ersatz für innere Stabilität genannt hat – aber diesmal weniger über die Teilhabe an der Macht einer äußeren Autorität, als über die Abschottung gegen die äußere Realität. Dabei treten vor allem die Verschwörungsmentalität und der Aberglaube in den Vordergrund (Decker et al. 2020).

Die Verschwörungsmentalität ist bei knapp der Hälfte der AfD-Wähler anzutreffen (Abb. 32). Somit ist es einmal mehr die Anhängerschaft dieser Partei, in der eine weitere Dimension des autoritären Syndroms besonders ausgeprägt ist; dieses politische Milieu ist durch die pathische Projektion von „dunklen Mächten“ geprägt, die im „Hintergrund die Fäden“ ziehen. Diese paranoid gefärbte Erklärung von politischen Prozessen findet sich bei den Wählern anderer Parteien zwar deutlich seltener, ist jedoch auch hier erstaunlich verbreitet, wenn jeweils ein Viertel der BSW- und der FDP-Wähler und jeder fünfte CDU/CSU-Wähler solchen Erklärungsmustern Glauben schenkt. Auch unter den Nichtwählern und den Unentschlossenen lebt jeder Dritte mit diesem Gefühl der Bedrohung, und es gibt kein politisches Milieu, in dem die Verschwörungsmentalität gar keinen fruchtbaren Boden finden würde. Selbst bei den Grünen, der Partei mit dem niedrigsten Wert, liegt er noch bei knapp 10 %.

Die letzte Dimension des autoritären Syndroms, der Aberglaube, ist unter AfD-Wählern sogar unterdurchschnittlich anzutreffen (16,9 %; Abb. 33). Vielmehr ist der Glaube an die Vorhersagekraft von Horoskopern und die Wirkmacht „höherer Mächte“ bei den Nichtwählern am weitesten verbreitet, gefolgt von denen, die unsicher sind, welche Partei sie wählen werden. Bei den Anhängern der anderen

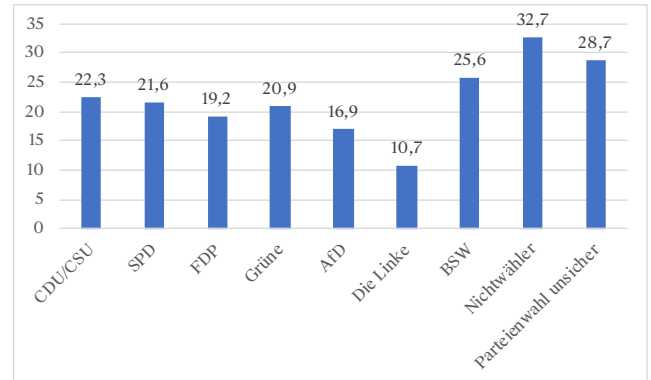


ABBILDUNG 33

ABERGLAUBE UNTER DEN PARTEIANHÄNGERN (IN %)

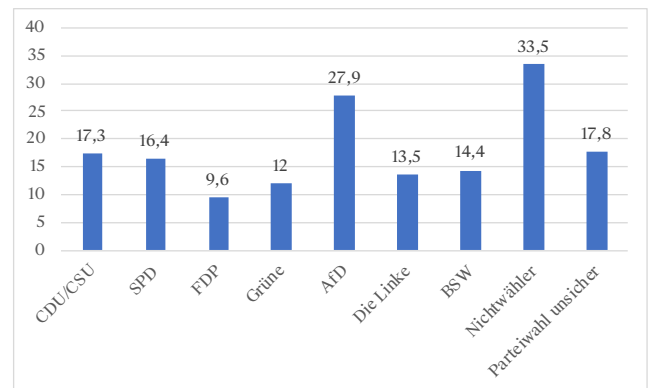


ABBILDUNG 34

AMBIGUITÄTSINTOLERANZ UNTER DEN PARTEI-ANHÄNGERN (IN %)

Parteien ist diese fetischistisch-verleugnende Dimension insgesamt häufig nachzuweisen. Mit Ausnahme der Wähler der Linkspartei (10,7%) liegt der Wert immer um die 20 bis 25 %.

Der Wunsch nach Orientierung in einer unsicheren Welt entweder durch die Suche nach Autorität oder durch teilweise Weltflucht spiegelt sich in der Fähigkeit oder Unfähigkeit wider, mit vielschichtigen, uneindeutigen Situationen umzugehen. Die Sozialpsychologin und Psychoanalytikerin Else Frenkel-Brunswik prägte für diese Überforderung durch Differenz den Begriff der Ambiguitätsintoleranz (Frenkel-Brunswik 1949; Benetka 2020). Unter den Nichtwählern ist diese psychische Fähigkeit zur Verarbeitung mehrdeutiger Situationen bei einem Drittel nicht vorhanden und fast ebenso hoch ist der Anteil unter den AfD-Wählern (Abb. 34). Bei allen anderen Parteianhängern betrifft die Schwierigkeit, mit hochkomplexen Sachverhalten differenziert umzugehen, etwa jeden Sechsten. Unter den FDP-Anhängern ist diese Gruppe mit knapp 10 % am kleinsten.

## DISKUSSION

Nach dieser Vorstellung der Untersuchungsergebnisse wollen wir nun die Wählerschaften der Parteien miteinander vergleichen. Schon bei der soziodemografischen Beschreibung der Milieus, aus denen die Parteien ihre Wähler rekrutieren, werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten deutlich, die sich bei der politischen Einstellung vertiefen.

*Bündnis 90/Die Grünen* ist die Partei der hochgebildeten Frauen, vorwiegend jung und faktisch nicht von Arbeitslosigkeit betroffen. Obwohl die Grünen auch Menschen in den unteren Einkommensgruppen erreichen, sind sie doch die Partei der Spitzenverdiener. Die grüne Wählerschaft erlebt sich politisch am wirkmächtigsten, hält politisches Engagement für sinnvoll und ist mit dem Funktionieren der Demokratie im Alltag ebenso zufrieden wie mit der Verfassungsnorm.

Demgegenüber sind Grünen-Wähler nicht offen für neo-nazistische Ideologien wie Diktaturbefürwortung, tradierten Antisemitismus oder NS-Verharmlosung. Während in der Anhängerschaft aller anderen Parteien Ressentiments gegen Ausländer existieren, findet sich unter Grünen-Wählern nahezu niemand mit dieser Einstellung. Während die Wähler dieser Partei also keine generalisierten Vorurteile zeigen, sind sie nicht ganz unempfänglich für autoritäre Ressentiments gegen spezifische Gruppen. So finden sich auch unter ihnen israelbezogen-antisemitische Motive und Schuldabwehrantisemitismus. Muslimfeindschaft und noch deutlicher Antiziganismus sind auch bei ihnen erkennbar. Antifeministische Motive und ein instrumentelles Naturverhältnis sind zwar weniger verbreitet, aber gänzlich abwesend sind diese destruktiven Impulse nicht. Doch wenngleich auch einige Grünen-Wähler autoritäre Aggressionen teilen, Konventionen betonen und Verschwörungsnarrativen anhängen, betrifft dies nur einen kleinen Teil. Lediglich dem Aberglauben können mehr Parteianhänger etwas abgewinnen.

Das politische Milieu der *Alternative für Deutschland* (AfD) lässt sich als Gegenstück zum Milieu der Grünen verstehen. Die AfD spricht eher mittlere Einkommensgruppen an, doch befinden sich unter den Wählern nur wenige Menschen mit hohem Bildungsniveau. Die Anhängerschaft der AfD ist von Männern geprägt, wohingegen Frauen sehr viel seltener für diese Partei stimmen. In der Wählerschaft ist der Arbeitslosenanteil überproportional hoch, das Alter – niedriger als bei CDU/CSU und

SPD – nahe am Altersdurchschnitt der deutschen Bevölkerung. AfD-Anhänger halten weniger von der Demokratie als die Anhänger anderer Parteien, sind sehr unzufrieden mit der Demokratie im Alltag, auch wenn noch immer eine Mehrheit von ihnen mit der Verfassungsordnung zustimmt. Politisch wirkmächtig erleben sich nur wenige, und die absolute Mehrheit von ihnen hält es nicht für sinnvoll, sich zu engagieren. Hier kommt bereits ein hohes Maß an Unzufriedenheit und Enttäuschung zum Ausdruck, das sich in der Offenheit für nahezu alle antidemokratischen Motive und Ressentiments gegen die unterschiedlichsten Menschen spiegelt. AfD-Wähler sind einer völkische Diktatur nicht abgeneigt und befürworten so oft wie sonst keine Wählergruppe den tradierten Antisemitismus. Das gilt auch für alle anderen Äußerungsformen des Antisemitismus: so ist bei der Hälfte der Schuldabwehrantisemitismus zu finden, aber auch der israelbezogene Antisemitismus ist so präsent wie in sonst keinem politischen Milieu. Sogar unabhängig von der politischen Passung sind AfD-Wählern Rationalisierungen dieses Ressentiments willkommen: Sie erkennen auch in dem für sie ideologisch fernliegenden Vorwurf, „Israel ist ein rassistischer Kolonialstaat“ die eigentliche antisemitische Intention und stimmen ihr zu. Zwei Drittel der AfD-Wähler hegen zudem generalisierte Vorurteile gegenüber Migranten. In diesem Milieu gehört die Abwertung von anderen genauso zum Grundton wie die Aufwertung des Eigenen. Diese Wählerschaft eint eine destruktive Aggression, die sich gegenüber Sinti und Roma, Muslimen und Frauen offen Bahn bricht. Eine aggressiv-instrumentelle Haltung prägt auch das Verhältnis zur Ökologie. Psychodynamisch interessant sind die hohe Depressionsneigung und die generalisierte Ängstlichkeit. Vor diesem Hintergrund lassen sich die autoritären Aggressionen als Abwehr von Hilflosigkeits- und Ohnmachtsängsten verstehen, die auch in der Verschwörungsmentalität mitschwingen, wenn in den sie umgebenden Ereignissen das Wirken „gefährlicher Feinde“ ausgemacht wird. AfD-Wähler begegnen der Erfahrung von Differenz besonders häufig mit dem Wunsch nach Homogenität und der Betonung starrer Konventionen, was sie für völkische Ideologien erreichbar macht.

Die Wählerschaft der Partei *Die Linke* ist ebenfalls überwiegend männlich. Auch der Anteil an Arbeitslosen ist wieder überdurchschnittlich hoch,

doch finden sich hier deutlich mehr Inhaber höherer Bildungszertifikate als bei AfD, SPD oder BSW. Die Altersstruktur der Anhänger der Linkspartei ist jünger als bei der SPD, Rentner sind kaum anzutreffen. Linkspartei-Wähler gehören am häufigsten zu den Befürwortern der „Idee der Demokratie“, sind allerdings gleichzeitig sehr unzufrieden mit ihrer Alltagserfahrung, dennoch hält es ein größerer Anteil von ihnen für sinnvoll, sich zu engagieren, als wir es bei der AfD gesehen haben. Elemente der Neo-NS-Ideologie kommen in diesem Milieu so gut wie nicht vor. Nach den Grünen- gehören die Linkspartei-Wähler zu der Gruppe mit der geringsten Ausprägung von Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus, Muslimfeindschaft und Antiziganismus. Ähnlich verhält es sich auch beim Schuldabwehrantisemitismus und dem israelbezogenen Antisemitismus. Empfänglich sind sie dagegen für postkoloniale Formen des Antisemitismus und den Antizionismus, für den sie die größte Gruppe an Befürwortern stellen. Auch der Antifeminismus findet Anklang. Die relative Offenheit für ein instrumentelles Naturverhältnis passt in dieses Bild einer spezifischen Aggressionsbereitschaft. Nicht verankert sind dagegen Konventionalismus und autoritäre Unterwürfigkeit.

Anders die Wähler der *Unionsparteien* (CDU/CSU), von denen viele die Konventionen betonen. Auch autoritäre Aggressionen sind hier häufig, etwa wenn Unruhestifter – nach Meinung vieler Wähler – zu spüren bekommen sollen, dass sie unerwünscht sind. Wähler von CDU/CSU behelfen sich in einer unübersichtlichen Welt, von der sie sich relativ häufig überfordert fühlen, offenbar mit starren Regeln und Normen. Sie stützen zwar die Idee der Demokratie und sind zufrieden mit der Verfassung, aber nur die Hälfte von ihnen ist mit der Alltagsbürokratie zufrieden – damit gehören sie noch immer zu den Stützen der gegenwärtigen Demokratie. Gab es unter den Anhängern von CDU/CSU bis vor zehn Jahren viele mit einer extrem-rechten Einstellung, sind dort derzeit kaum noch Menschen mit einer Affinität zu Motiven der Neo-NS-Ideologie anzutreffen. Allerdings ist dieses Milieu nach wie vor offen für Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus; auch der Schuldabwehrantisemitismus in seiner Verbindung mit „Schlussstrichforderungen“ findet durchaus Anklang, CDU/CSU-Wähler können zum Teil auch den israelbezogenen Antisemitismus unterstützen. Unter CDU/CSU-Wählern ist der Antiziganismus allerdings noch deutlich stärker ausgeprägt, auch Muslimfeindschaft und Antifeminismus trifft man in ihren Reihen an, wenn auch nicht in

der Mehrheit. Das Geschlechterverhältnis der Wählerschaft ist ausgeglichen. Ein großer Anteil gehört zu den hohen Einkommensgruppen, während niedrige Einkommen selten sind; auch wählen Arbeitslose kaum die Unionsparteien. Dennoch hat nur jeder Vierte ein hohes Bildungsniveau, was auch mit dem hohen Durchschnittsalter zusammenhängen kann: Die Gewinner der Bildungsexpansion sind jünger und wählen eher grün. Rentner sind dagegen häufig bereit, ihr Kreuz bei der CDU/CSU oder der SPD zu machen.

Die Wähler der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD) haben mit denen der CDU/CSU das höchste Durchschnittsalter und das relativ ausgeglichene Geschlechterverhältnis gemeinsam. Allerdings finden sich unter ihnen etwas mehr Wähler aus unteren und etwas weniger aus oberen Einkommensgruppen; nur ein Viertel verfügt über einen Bildungsgrad mit Abitur oder höher, nur jeder 70. ist arbeitslos, doch sind auch 40 % als Rentner bereits aus dem Berufsleben ausgeschieden. SPD-Wähler sind mit der demokratischen Alltagserfahrung in der Bundesrepublik deutlich zufriedener als Linkspartei- und BSW-Anhänger, auch wenn sie wie diese mehrheitlich den Eindruck haben, ohne politischen Einfluss zu sein. Rund 5 % der SPD-Wähler stimmen Aussagen zum tradierten und postkolonialen Antisemitismus und zum Antizionismus ausdrücklich zu, 7 % dem israelbezogenen Antisemitismus und ein Viertel dem Schuldabwehrantisemitismus. Unter den Wählern der demokratischen Parteien jenseits der AfD ist dies der höchste Anteil und es ist auch die einzige Dimension der Neo-NS-Ideologie, für die SPD-Wähler empfänglich sind. Chauvinismus ist hier seltener zu finden als Ausländerfeindlichkeit: jeder Fünfte (18,3 %) pflegt generalisierte Ressentiments gegen Migranten. Noch höher ist die Muslimfeindschaft, die sich bei 25 % der SPD-Anhänger nachweisen lässt: Zwar ist dies nach Grünen- und Linkspartei-Anhängern der niedrigste Wert, doch ist die Abwertungsbereitschaft hoch. Der Antiziganismus wird mit über 40 % Zustimmung am wenigsten hinterfragt. Dagegen hat nur ein kleiner Anteil von SPD-Wählern antifeministische Ressentiments und auch der Wunsch nach Naturbeherrschung trifft auf wenig Resonanz. Die größte Auffälligkeit bilden aber die relativ hohen Werte beim Antisemitismus.

Die Wähler des *Bündnisses Sobra Wagenknecht* (BSW) weisen eine ähnliche Einkommensstruktur wie die der Linkspartei auf: Es gibt mehr niedrige und weniger hohe Einkommen. Was hohe Bildungsgrade betrifft, ist der Anteil geringer als bei den

Wählern der Linkspartei, aber höher als bei denen der AfD. Bei den soziodemografischen Merkmalen sticht der hohe Frauenanteil hervor: Er ist zwar nicht ganz so hoch wie bei den Grünen-Wählern, markiert aber eine Differenz zu AfD- und Linkspartei-Wählern mit ihrem Männerüberschuss. BSW-Wähler sind selten arbeitslos, ihr Alter liegt im Durchschnitt, der Anteil an Rentnern liegt bei einem Viertel. Die Wählerschaft des BSW ist mit der Demokratie mehrheitlich unzufrieden, insbesondere mit der Alltagserfahrung, und der Anteil an politisch Deprivierten ist hoch. Die Neo-NS-Ideologie findet sich fast nicht und der Chauvinismus ist geringer ausgeprägt als bei anderen demokratischen Parteien. Allerdings wird die Ausländerfeindlichkeit in diesem Milieu deutlich häufiger geteilt als bei anderen demokratischen Parteien. Ferner sind die Wähler des BSW wie viele Bundesbürger für bestimmte Formen des Antisemitismus offen, Schuldabwehrantisemitismus und Antizionismus finden bei fast jedem Zehnten Zustimmung. Für Wähler im eher linken politischen Spektrum ist die starke Verbreitung von Ressentiments gegen Muslime, Sinti und Roma sehr untypisch. Diese Ressentiments sind bei etwa jedem zweiten BSW-Wähler nachzuweisen. Ähnlich überraschend, auch mit Blick auf den hohen Frauenanteil, ist der Antifeminismus in diesem Milieu. Autoritäre Aggressionen sind hier verbreitet und finden auch ihr Objekt, wobei die Anhängerschaft des BSW eher zu Verschwörungsmentalität und Aberglaube neigt als zu autoritärer Unterwürfigkeit.

Die Wähler der *Freien Demokraten* (FDP) verfügen nur selten über ein niedriges Einkommen, wohingegen mehr als ein Drittel von ihnen zu den hohen Einkommensgruppen gehört. Darüber hinaus sind sie häufig höher gebildet. Männer sind stark überrepräsentiert (zwei Drittel), Arbeitslose fühlen sich von der FDP dagegen kaum angesprochen. Mit Blick auf den Namen der Partei überrascht es, dass 20% ihrer Wähler nicht mit der Idee der Demokratie identifiziert sind; zwei Drittel erleben sich als politisch einflusslos, aber die Hälfte erachtet es dennoch als sinnvoll, sich zu engagieren. Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit sind jeweils bei jedem Fünften anzutreffen. Der tradierte Antisemitismus liegt mit 2,7% relativ niedrig, doch steigt der Wert auf 5,5% beim israelbezogenen Antisemitismus, auf 7% beim Antizionismus und auf fast 25% beim Schuldabwehrantisemitismus. Unter den FDP-Wählern stechen vor allem die autoritären Aggressionen und die Verschwörungsmentalität heraus.

Wer unsicher ist, welche Partei er bei der nächsten Bundestagswahl wählen soll, gehört zurzeit eher einem gemäßigten liberal-demokratischen Milieu an. Man könnte sagen, hier sind viele Wähler versammelt, die ihre politische Heimat verloren haben. Sie sind kaum empfänglich für neonazistische oder ethnozentrische Propaganda. Möglicherweise sind diese potenziellen Wähler von der politischen Performanz enttäuscht und wenden sie sich von den demokratischen Parteien ab, wenn diese Motive der AfD aufgreifen. Ressentimentgeladene Parolen sind mittlerweile durch die Abwanderung der extrem rechten Wähler zur AfD schon bei den Anhängern der anderen Parteien kaum noch anschlussfähig, und ihre Übernahme durch die demokratischen Parteien führt eher dazu, dass sie weitere Wählergruppen verlieren. Die Unsicheren zeichnen ein hohes verfügbares Haushaltseinkommen aus, auch der große Anteil hoher Bildungsabschlüsse fällt ins Auge. Nichtwähler bilden hierzu in Teilen eine Kontrastgruppe, doch zwei Gemeinsamkeiten sind interessant: Sowohl bei den Unentschlossenen als auch bei den Nichtwählern sind Frauen deutlich überrepräsentiert und das mittlere Alter beider Gruppen ist gleichermaßen im Durchschnitt. Während aber die Nichtwähler überdurchschnittlich häufig die Erfahrung von Arbeitslosigkeit gemacht haben und oft in Rente sind, ist dies bei den Unsicheren nur selten der Fall. Beide teilen zwar die Unzufriedenheit mit der Alltagsdemokratie, doch sind die Nichtwähler politisch deutlich deprivierter und neigen stärker zu Ressentiments: Bei Nichtwählern finden sich tradierte Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit weitaus häufiger und jeder Zehnte von ihnen hat ein geschlossen rechtsextremes Weltbild – im Vergleich zu 1,5% der Ungewissen. Der Wunsch nach klaren Verhältnissen spiegelt sich auch in der Ambiguitätsintoleranz der Nichtwähler wider: Jeder Dritte kann Mehrdeutigkeit und Komplexität schwer ertragen, während es bei den Unentschiedenen nur jeder Sechste ist. Nur der israelbezogene Antisemitismus ist in beiden Gruppen zu gleichen Anteilen von etwa 10% zu finden. Antizionismus, Muslimfeindschaft und Antifeminismus sind ebenfalls in beiden Gruppen anzutreffen, allerdings jeweils mit höheren Werten bei den Nichtwählern. Autoritäre Aggressionen und Verschwörungserzählungen sind in beiden Milieus verbreitet, letztere liegen höher als im Durchschnitt. Beide Milieus haben den höchsten Anteil an Menschen, die abergläubisch sind.

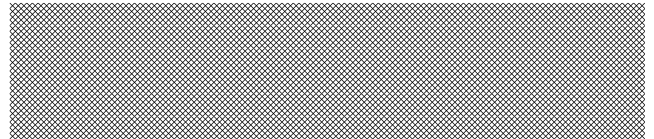
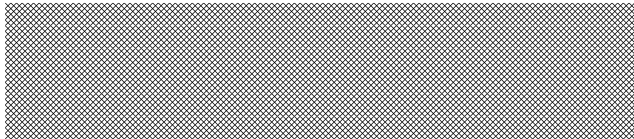
# LITERATUR

- Benetka, Gerhard. (2020). Zur Psychologie der Unbestimmtheit. Ambivalenz und Ambiguität. In Bernhard Ple/Peter Wilhelmer/Gerhard Benetka (Hrsg.), *Facetten der Ungewissheit. Erträge aus interdisziplinären Betrachtungen* (83–95). Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Bergmann, Werner/Er, Rainer (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (38), 223–246.
- Celik, Kazim/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2020). Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (149–175). Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016). Ein Jahrzehnt der Politisierung. Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016* (95–135). Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver/Hinz, Andras/Geißler, Norman/Brähler, Elmar (2013). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (197–212). Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Dilling, Marius/Celik, Kazim/Hellweg, Nele/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (2024a). Besteht eine Chance für eine neue Partei? AfD-Anhänger und die Aussicht für eine Alternative links der Mitte. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, [https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb-plus\\_2024-2\\_decker.pdf](https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb-plus_2024-2_decker.pdf).
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2024). Antisemitismus als individuelles Ressentiment und gesellschaftliches Sediment – empirische Befunde. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Aylene Heller/Elmar Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (133–160). Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (2024b). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In dies. (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (29–100). Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (2024c). Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024. Eine Einleitung. In dies. (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (9–26). Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver/Niedermayer, Oskar/Brähler, Elmar (2003). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin* (1), 65–77.
- Decker, Oliver/Reimer-Gordinskaya, Katrin (2024). Antisemitismus – eine „dunkle Ressource“ in modernen Gesellschaften. In Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Nie wieder ist jetzt. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023*. URL: <https://www.boell.de/de/nie-wieder-ist-jetzt> (06.01.2024).
- Decker, Oliver/Schuler, Julia/Yendell, Alexander/Schliessler, Clara/Brähler, Elmar (2020). Das autoritäre Syndrom. Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (179–210). Gießen: Psychosozial.
- Freckmann, Magdalena (2022). Das Element der Nicht-Identität im Antiziganismus. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* (2), 41–52.
- Frenkel-Brunswick, Else (1949). Intolerance of ambiguity as an emotional and perceptual personality variable. *Journal of Personality* (18), 108–143.
- Fromm, Erich (1936). Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In ders. (Hrsg.), *Gesamtausgabe – Bd. 1* (139–187). Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002). *Deutsche Zustände – Band 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heller, Aylene/Brähler, Elmar/Decker, Oliver (2020). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF). In Aylene Heller/Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Präkärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (151–172). Gießen: Psychosozial.
- Heller, Aylene/Dilling, Marius/Kiess, Johannes/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2024). Methodische Überlegungen zur Erhebung rechtsextremer und autoritärer Einstellungen. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Aylene Heller/Elmar Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (207–227). Gießen: Psychosozial.
- Heyder, Aribert/Decker, Oliver (2011). Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In Andreas Langenohl/Jürgen Schraton (Hrsg.), *(Un-)Gleichzeitigkeiten. Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert* (189–222). Marburg: Metropolis.
- Höcker, Charlotte/Pickel, Gert/Decker, Oliver (2020). Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (249–282). Gießen: Psychosozial.
- Löwe, Bernd./Decker, Oliver/Müller, Stefanie./Brähler, Elmar/Schellberg, Dieter./Herzog, Wolfgang./Herzberg, Philipp Y. (2008). Validation and standardization of the Generalized Anxiety Disorder Screener (GAD-7) in the general population. *Medical Care* (46), 266–274.
- Schönbach, Peter. (1961). *Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Spangenberg, Lena., Brähler, Elmar/Glaesmer, Heide. (2012). Identifying depression in the general population – a comparison of PHQ-9, PHQ-8 and PHQ-2. *Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie* (58), 3–10.
- Wicke, Felix S./Krakau, Lina/Löwe, Bernd./Beutel, Manfred E./Brähler, Elmar (2022). Update of the standardization of the Patient Health Questionnaire-4 (PHQ-4) in the general population. *Journal of Affective Disorders* (312), 310–314.

AUTOREN

*Oliver Decker*, Prof. Dr. phil., ist Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Er ist außerdem Professor für Sozialpsychologie an der Sigmund Freud Universität Berlin. Seit 2002 leitet er zusammen mit Prof. Dr. Elmar Brähler die Leipziger Autoritarismus Studien.

*Elmar Brähler*, Prof. Dr. phil., war von 1994 bis zu seiner Emeritierung 2013 Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. Seitdem ist er Gastwissenschaftler an der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz. Er leitet dort das BMBF-Verbundprojekt »DDR-Vergangenheit und psychische Gesundheit: Risiko- und Schutzfaktoren«. Zudem ist er Gastwissenschaftler am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung an der Universität Leipzig.

IMPRESSUM

Redaktion: Oliver Decker  
Lektorat: Dr. Barbara Handke  
Gestaltung und Satz: Markus Dreßen, Pia Siemer  
Graphiken: Louis Geiger, Kim Hesch  
Redaktionsschluss: 30.01.2025  
Druck: Merkur Druck, Leipzig  
[www.efbi.de](http://www.efbi.de)



UNIVERSITÄT  
LEIPZIG

Research Centre Global  
Dynamics | ReCentGlobe



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.